

EU-Linke in der Kritik: Solidarität mit gewalttätigen Aktivisten!

EU-Linke in der Kritik: Solidarität mit linksextremen Aktivisten, während Haftbefehle wegen Angriffe in Budapest vollstreckt werden.



Budapest, Ungarn - Die EU-Parlamentsfraktion The Left sieht sich aufgrund eines Solidaritätsvideos inmitten einer heftigen Kontroverse. In dem Video unterstützen die Abgeordneten Martin Schirdewan aus Deutschland sowie Ilaria Salis aus Italien linksextreme Aktivisten, die für brutale Angriffe auf rechte Personen und die Teilnehmer einer Gedenkveranstaltung in Budapest verantwortlich gemacht werden. Diese Vorfälle haben nicht nur in der EU, sondern auch international Schlagzeilen gemacht und die Diskussion über Linksextremismus neu entfacht. **Freilich-Magazin** berichtet, dass die ESN-Abgeordnete Mary Khan ihre Empörung über die Unterstützung der Linken äußerte. Sie beschuldigte die Fraktion, die Angreifer als Widerstandskämpfer gegen den Faschismus darzustellen und

verharmloste den Gewaltcharakter der Angriffe. Außerdem bezeichnete sie die EU-Linke als den „parlamentarischen Arm des organisierten Linksextremismus“.

Khan kritisierte zudem, dass Ilaria Salis durch ihre Kandidatur den ungarischen Justizbehörden entkommen konnte und forderte ihre Überstellung nach Ungarn zur Verbüßung ihrer Strafe. Dies wirft Fragen über die Verantwortung von EU-Abgeordneten auf und darüber, wie weit politische Unterstützung für Gewaltakte reicht.

Angriffe in Budapest und Verhaftungen

Die Angriffe, auf die sich die Kritik bezieht, fanden im Rahmen des jährlichen „Tags der Ehre“ in Budapest im Februar 2023 statt, einem rechtsradikalen Aufmarsch, der an die versuchten Fluchtversuche von Wehrmachtssoldaten erinnern soll. In der Folge haben sich sieben Verdächtige aus der linksextremistischen Szene den deutschen Behörden gestellt und wurden festgenommen. Diese waren zuvor fast zwei Jahre untergetaucht. Laut **LTO** wird den Verdächtigen vorgeworfen, während der Proteste gegen den Aufmarsch, Sympathisanten der rechtsextremen Szene angegriffen und schwer verletzt zu haben.

Sechs der Festgenommenen stehen unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung sowie gefährlicher Körperverletzung. Die Rechtsanwälte der Verdächtigen fordern, dass die Strafverfahren in Deutschland und nicht in Ungarn stattfinden, um vor möglicherweise menschenrechtswidrigen Haftbedingungen zu schützen. Besonders im Blickpunkt steht der Fall von Maja T., die bereits nach Ungarn ausgeliefert wurde und dort eine Haftstrafe von bis zu 24 Jahren droht. Ihre Auslieferung wurde von deutschen Juristen als rechtswidrig eingestuft, woraufhin eine Verfassungsbeschwerde anhängig ist. **Tagesschau** hebt hervor, dass die deutschen Behörden in weiteren Verfahren gegen insgesamt 15 Verdächtige ermitteln.

Die politischen Implikationen

Die aktuellen Ereignisse werfen ein grelles Licht auf die politischen Spannungen innerhalb der EU, insbesondere in Bezug auf Extremismus und die Verantwortung politischer Akteure. Während einige Politiker die Aggressionen verurteilen und sie als gezielte Übergriffe klassifizieren, gibt es Bestrebungen, die Täter als Kämpfer für die Freiheit darzustellen. Diese Dualität in der Wahrnehmung macht es schwer, einen klaren konsensuellen Ansatz zur Bekämpfung von Extremismus zu finden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Vorfälle in Budapest und die damit verbundenen politischen Reaktionen eine Herausforderung für die Integration und den Zusammenhalt in der EU darstellen. Die Forderungen von Mary Khan nach Verantwortung und juristischer Rechenschaftspflicht sind Teil einer breiteren Debatte über die Legitimität und die Grenzen von politischem Aktivismus, insbesondere wenn Gewalt involviert ist.

Details	
Vorfall	Körperverletzung
Ursache	Angriff auf Rechtsextremisten
Ort	Budapest, Ungarn
Festnahmen	7
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.freilich-magazin.com• www.lto.de• www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net